

Sehr geehrte Frau Röhl,

vielen Dank für die Zusendung der Wahlprüfsteine. Nachfolgend unsere Antworten auf Ihre Fragen. Bei ein paar Fragen waren wir allerdings überfordert. Tierschutz ist für uns ein Anliegen, wir haben aber wenig Experten für dieses Thema. Da wir keine unfundierten Antworten liefern wollen, konnten wir nicht überall eine Antwort geben. Unser Anspruch ist es in politischen Fragen nicht ideologisch, sondern mit Fachwissen vorzugehen, wo uns dieses fehlt, sind wir dann für fachliche Unterstützung z.B. durch Ihren Verband, dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Guido Körber

#### Strukturelle Stärkung des Tierschutzes

Seit im Jahr 2002 das Verbandsklagerecht im Naturschutzrecht auf Bundesebene eingeführt wurde, haben einige Bundesländer auch den Weg für ein Tierschutzverbandsklagerecht freigemacht und damit gute Erfahrungen gemacht. Ebenso mit der Berufung einer/s hauptamtlicher/n Tierschutzbeauftragter/n, die/der nicht nur als Mittler/in auftritt, sondern auch neue Impulse setzt. Einige Bundesländer haben eine Vorreiterrolle mit der Einführung eines Mitwirkungs- und Verbandsklagerechtes im Land eingenommen. In Berlin ist ein solches Klagerecht in Arbeit. Seither haben weitere Bundesländer entsprechende Gesetze erlassen und den Verbänden auch noch weitergehende Mitwirkungsrechte eingeräumt.

Der gesellschaftspolitische Stellenwert des Tierschutzes wächst, genauso wie die Entfremdung von Tieren und Natur. Tierschutz ist daher aus unserer Sicht ein gesamtgesellschaftlicher Bildungsauftrag. Doch bisher ist der Tierschutz in Schulen kein eigenständiges Unterrichtsfach.

Der Tierschutz ist nicht oder nicht adäquat in den Schulgesetzen/Lehrplänen der Bundesländer verankert. Der jeweilige Lehrer kann selbst entscheiden, ob der Tierschutz Bestandteil des Lerninhalts ist. Im schlechtesten Fall wird er gar nicht unterrichtet. Um zukünftigen Generationen wichtiges elementares Wissen über einen ethischen Umgang mit Tieren zu vermitteln, müssen Tierschutzthemen altersgerecht vermittelt werden. Tierschutzpädagogik sollte aus unserer Sicht zu einem festen Bestandteil der Lehrpläne, der Ausbildung von Lehrern und Unterrichtsmaterialien werden.

Wir begrüßen es außerordentlich, wenn die Länder eine/n hauptamtliche/n, unabhängige/n Landestierschutzbeauftragten einsetzen und freuen uns, dass dieses Amt in Brandenburg bereits etabliert ist.

Uns interessiert:

- Spricht sich Ihre Partei für die Einführung eines Verbandsklagerechtes in Brandenburg aus? Wenn ja, wie wird sie sich dafür einsetzen?

Wir sind definitiv für die Einführung des Verbandsklagerechtes für Tierschutzorganisationen und Umweltschutzorganisationen. Entsprechende Anträge würden wir im selbstverständlich im Landtag einbringen.

- Wird sich Ihre Partei für die Stärkung des Mitspracherechts des hauptamtlichen, unabhängigen Landestierschutzbeauftragten in Brandenburg einsetzen?

Ja, eine rein beratende und beobachtende Funktion ist aus unserer Sicht absolut unzureichend.

- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als einen wesentlichen Bildungsauftrag anzuerkennen?

Bildung und Aufklärung sehen wir als wirkungsvollere Maßnahme für den Tierschutz, als Verbote. Also eindeutig ja.

- Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit der Tierschutz verpflichtend schon ab der Grundschule in die Lehrpläne, die Prüfungsordnungen der Lehrerausbildung sowie in das Schulgesetz aufgenommen wird?

Wir wollen das Bildungssystem in Brandenburg insgesamt verbessern. Dazu gehört für uns die Modernisierung der Lehrpläne und verbesserte Aus- und Weiterbildung für Lehrer. In diesem Rahmen wird auch der Tierschutz als Thema seinen Platz finden. Zudem setzen wir uns für die Förderung von

Umweltbildungszentren (wie etwa in Eberswalde) für Schulklassen ein. In grünen Klassenzimmern sollen Schüler und Lehrer gemeinsam mehr zu den Themen Ökologie und Nachhaltigkeit lernen und dabei zugleich Naturerholung genießen.

#### Handel mit Wildtieren/Gefahrtiere

Der internationale Handel mit Wildtieren für die Privathaltung ist ein Milliarden-Dollar-Geschäft und eine der größten Bedrohungen für die biologische Vielfalt. Denn viele der Tiere, die für die Privathaltung importiert werden, sind noch immer Wildfänge, die mit brutalen Methoden der Natur entrissen wurden. Damit ein einziges Exemplar lebend in Sammlerhände gelangt, bleiben oft unzählige andere auf der Strecke. Sammler zahlen gerade für besonders seltene Arten, die kurz vor der Ausrottung stehen, hohe Preise. Der Handel mit diesen ist nicht immer illegal, denn es dauert Jahre, bis auf einer Vertragsstaatenkonferenz beschlossen wird, eine Art auf einem der CITES Anhänge zu listen. Nationale Schutzvorschriften in den Herkunftsländern werden dadurch ausgehebelt, dass einmal illegal exportierte Tiere in der EU straffrei gehandelt werden dürfen. Für den deutschen Heimtierhandel werden jedes Jahr Millionen Wildtiere importiert. Zu den Hauptumschlagplätzen für diese Tiere gehören sogenannte Exotenbörsen. Dort werden die hochempfindlichen Wildtiere wie Ramschware in kleinen Kästchen und Dosen zu Schleuderpreisen verkauft. Auch hochgiftige Schlangen, Spinnen und Skorpione können dort problemlos von Jedermann für wenige Euro erstanden werden.

Leidtragende dieses Handels sind nicht nur die Tiere, sondern auch Polizei, Feuerwehr und Tierheime, die sich einer Flut unbedacht gekaufter und teilweise sehr gefährlicher Wildtiere gegenübersehen.

Uns interessiert:

- Es gibt immer mehr gefährliche exotische Tiere in Privathand. Brandenburg hat es bisher versäumt, Bestimmungen zu Gefahrtieren zu erlassen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Privathaltung von Wildtieren durch Positivlisten zu regulieren?
- Wenngleich wir Gefahrtierbestimmungen ausdrücklich begrüßen, sind Positivlisten aus unserer Sicht zielführender. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Positivlisten für Haustiere einzuführen?
- Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Exotenbörsen auf kommunalen Flächen einsetzen?
- Zudem werden immer mehr exotische Tiere ausgesetzt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Mittel für Tierheime aufstocken, damit diese Tiere artgerecht untergebracht werden können?

An dieser Stelle müssen wir eine Antwort schuldig bleiben, es fehlt uns an der notwendigen Expertise und wir möchten keine substanzlosen Aussagen machen.

#### Wildtierhaltung im Zirkus

In Deutschland werden noch immer hunderte Wildtiere in Zirkusbetrieben abgerichtet und artwidrig gehalten. Eine artgerechte Haltung von Wildtieren unter den Bedingungen eines reisenden Unternehmens ist aus Sicht von Tierschutzverbänden nicht möglich. Damit sind sie nicht allein. Auch die Bundestierärztekammer und die europäische tierärztliche Vereinigung fordern mittlerweile ein Verbot der Haltung von Wildtieren in reisenden Zirkusbetrieben.

In den letzten Jahren haben weltweit 17 Staaten und europaweit 29 Länder die Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben bereits teilweise oder vollständig verboten. In Deutschland sind über 80 Städte und Gemeinden aktiv geworden und haben die Nutzung öffentlicher Flächen durch Zirkusbetriebe, die Wildtiere mitführen, untersagt.

Uns interessiert:

- Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus einsetzen, zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative?

So sinnvoll Bundesratsinitiativen in vielen Fällen sind, um jegliche Art von Forderungen auf die politische Bühne zu bringen, so wenig hilfreich sind sie in diesem Fall. Der Bundesrat hat sich bereits dreimal explizit für eine Beendigung der Wildtierhaltung in Zirkussen ausgesprochen. Eine Umsetzung scheiterte bislang am ministeriellen Widerstand. Hier muss also im Bundestag eine entsprechende Mehrheit gefunden werden. Denn es ist ganz klar, dass allein im Rahmen der europäischen Harmonisierung von Rechtsvorschriften neben dem Tierwohl an sich einen deutschen Alleinweg nicht rechtfertigt.

#### Jagdgesetz

Nach dem Bundesjagdgesetz sind zahlreiche Jagdpraktiken zulässig, die nicht mehr mit dem heutigen Verständnis des Tier- und Artenschutzes vereinbar sind. Die Länder haben die Möglichkeit abweichende Jagdgesetze zu erlassen und damit den Tierschutz zu stärken.

Einzelne Bundesländer haben von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht, ihre Landesjagdgesetze novelliert und somit zum Beispiel den Abschuss von Hunden und Katzen untersagt, die Jagd mit Totschlagfallen oder die Jagdhundausbildung an lebenden Tieren verboten, die Liste jagdbarer Arten gekürzt und Schonzeiten verlängert. Das Jagdgesetz für das Land Brandenburg (BbgJagdG) vom 09.10.2003 wurde zuletzt am 10.07.2014 geändert.

Uns interessiert:

- Strebt Ihre Partei eine Novellierung des Brandenburgischen Landesjagdgesetzes an? Wenn ja, welche Änderungen möchten Sie vornehmen?

Das novellierte Jagdgesetz aus Nordrhein-Westfalen in seiner ursprünglichen Form bietet viele Ansatzpunkte, die wir unterstützen. Hieran würden wir uns grundlegend orientieren.

- Spricht sich Ihre Partei für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes aus? Fall ja, welche Änderungen würden Sie vornehmen?

Hier müssen wir eine Frage schuldig bleiben, da wir nicht ausreichend im Thema sind.

- Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot des Haustierabschlusses aus?

Ein Verbot des Abschusses von als Haustier gehaltenen Hunden und Katzen sieht das o.g. Jagdgesetz aus NRW bspw. vor.

- Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot besonders grausamer Jagdpraktiken (z.B. Fangjagd mit Totschlag- und Lebendfallen, Fangen und Töten von Tieren im befriedeten Bezirk, Baujagd, Jagdhundausbildung an lebenden Tieren) aus und welche Maßnahmen wird sie ergreifen?

Derartige Praktiken sind mit unserem Verständnis einer humanen Jagd nicht vereinbar. Auch dies würden wir mit einer Änderung des Brandenburgischen Landesjagdgesetzes beenden wollen.

- 52 Kommunen im Land haben sich auf Initiative des Bauernbunds bereits zur wolfsfreien Zone erklärt. Die Initiatoren und ihre Unterstützer fordern, die weitere Ausbreitung des Wolfes konsequent zu bekämpfen und Wölfe überall dort konsequent zu bejagen, wo er eine Bedrohung für Menschen und Weidetiere darstellt. Erst kürzlich kam es erneut zu illegalen Wolfsabschlüssen. Spricht sich Ihre Partei für die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht aus?

Ausdrücklich nein. Eine Bejagung des Wolfes ist alleine aufgrund der begrenzten Population nicht sinnvoll. Das Programm zum Wolfsmanagement soll ausgebaut werden. Primär ist auf Prävention zu setzen und Aufklärung zu betreiben, um Schadensfälle zu vermeiden. Die finanziellen Mittel dafür sind aufzustocken.

- Spricht sich Ihre Partei für einen regelmäßigen Nachweis der Schießfertigkeit aus? Alleine schon aus Gründen der Sicherheit sollten Jäger hinreichend Training und Fertigkeiten beim Umgang mit der Jagdwaffe haben.

- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Jagdfreistellung von Grundbesitz durch den Eigentümer deutlich vereinfacht wird und auch juristische Personen die Jagdfreistellung von Grundbesitz gemäß § 6a BJagdG beantragen können?

Ja

#### Haltung von Tieren in Zoos

In Deutschland gibt es über 800 zoologische Einrichtungen, die Millionen Tiere aus aller Welt halten. Insbesondere die Haltung von kognitiv hoch entwickelten Säugetieren wie Delfinen, Menschenaffen, Elefanten und Eisbären steht seit Jahren in der Kritik von Tierschützern. Die Einschränkungen hinsichtlich Bewegungsbedürfnis, Nahrungssuch-, Beutegreif- oder Sozialverhalten sind bei ihnen, selbst unter (für Zoos) optimalen Haltungsumständen, so erheblich, dass eine art- oder verhaltensgerechte Unterbringung offensichtlich nicht möglich ist. Zudem erfüllen viele Zoos bislang noch nicht einmal die rechtlichen Mindestvorgaben des Tier- und Naturschutzrechts. Die Haltungsvorgaben des neuen Säugetiergutachtens werden vielfach nicht erfüllt, ebenso wie die

Anforderungen des §42 BNatSchG. Recherchen von animal public haben ergeben, dass es bundesweit zahlreiche insbesondere kleine zoologische Einrichtungen gibt, die über keine gültige Betriebsgenehmigung verfügen und trotzdem geduldet werden. Auch wird von vielen Behörden bis heute das widerrechtliche Flugunfähigmachen von Zoovögeln, wie Pelikanen oder Flamingos geduldet.

Uns interessiert:

- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die rechtswidrige Praktik, des Flugunfähigmachens von Zoovögeln konsequent unterbunden werden? Wie will sie das in Brandenburg umsetzen?

Was Recht ist, muss Recht bleiben. Insofern sind die von Ihnen dargestellten Praktiken konsequent zu beenden. Ob dies mittels Richtlinie, Verordnung oder gar einem entsprechenden Gesetz geschieht, wird sich zeigen. Wahrscheinlich müssen nur die zuständigen Veterinärämter angewiesen werden, Rechtsverstöße nachhaltig zu verfolgen.

- Wird ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die zoologischen Einrichtungen alle aktuellen Haltungsvorgaben vollumfänglich erfüllen?
- Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass alle zoologischen Einrichtungen nach §42 BNatSchG die naturschutzrechtlichen Vorschriften vollumfänglich erfüllen und entsprechend genehmigt werden oder anderenfalls konsequent geschlossen werden?

Zu beiden Fragen gilt das selbe, wie in der vorherigen Frage: Was Recht ist, muss Recht bleiben. Daher setzen wir uns für entsprechende Kontrollen und Durchsetzung der Regeln ein.

Tierversuche

Tierversuche sind grausam und unnötig. Das Tierschutzgesetz sowie die Tierversuchsverordnung bleiben leider in einigen Bereichen weit hinter der EU-Richtlinie zurück. Diese sieht unter anderem ein Verbot von Versuchen an Menschenaffen, eine Einschränkung von Experimenten an Primaten und die Einführung einer Schmerz-Leidens-Obergrenze vor.

Beim Studium naturwissenschaftlicher und medizinischer Fachrichtungen sind noch immer tierverbrauchende Übungen Pflichtbestandteil bei Praktika.

Uns interessiert:

- Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) im Land Brandenburg einsetzen? Wenn ja, wie? Subventionen für Tierversuche sollen gestrichen werden, um so die Entwicklung von alternativen Methoden zu stimulieren. Wo es alternative Verfahren gibt, sollten Tierversuche nicht mehr erlaubt werden.

- Wird sich Ihre Partei für ein tierverbrauchs-/tierversuchsfreies Studium einsetzen und wenn ja, wie? Analog zu den Tierversuchen wollen wir uns auch hier für alternative Methoden einsetzen. Hier lassen sich Simulationen und Virtual Reality einsetzen, um relativ schnell eine Reduzierung zu erreichen.

Abschließende Frage

Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Das Verbandsklagerecht sehen wir als ein wichtiges Instrument auf dem Weg der Verbesserung der Tierschutz-Situation, zudem ist dies eine schnell umzusetzende Maßnahme, die sofort Wirkung entwickelt.

Massentierhaltung ist in Brandenburg, als Bundesland mit einem großen Agrarsektor, häufig und auch sehr oft ein Problem, sowohl was die Bedingungen für die Tiere betrifft, als auch für die Umwelt. Hier wollen wir tiergerechte Haltung und nachhaltiges Wirtschaften fördern und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen konsequent überwachen.

Guido Körber

Vorsitzender

[g.koerber@piratenbrandenburg.de](mailto:g.koerber@piratenbrandenburg.de) | [vorstand@piratenbrandenburg.de](mailto:vorstand@piratenbrandenburg.de)

--

Piratenpartei Deutschland Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle  
Garnstr. 36 | 14482 Potsdam  
<http://www.piratenbrandenburg.de>

--